

# Die deutsche Europapolitik von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel



Haagse Hogeschool  
Akademie für Europäische Studien  
Betreuer: Dhr. J.W. Nelisse

**Claudia Dekkers**  
20006525  
25. Mai 2007

## Vorwort

Am Anfang meines Studiums hätte ich nicht denken können, dass ich meine Abschlussarbeit auf Deutsch schreiben würde. Meinen Austausch habe ich in Marburg, Deutschland gemacht. Dort habe ich ein Semester an der Philipps-Universität studiert. Dieses halbe Jahr hat meinen Blick auf Deutschland positiv geändert. Vorher war ich nicht sehr an Deutschland interessiert und jetzt möchte ich viel lernen über das Land von Bratwurst und Bier. Es war ein Semester in dem ich meine deutsche Sprache verbessert habe, viel gelernt habe über Deutschland und wo ich mein Interesse für Deutschland entwickelt habe.

Da ich noch mehr über Deutschland lernen wollte, bin ich jetzt Praktikantin beim Duitsland Instituut Amsterdam. Und immer noch bin ich begeistert von unseren östlichen Nachbarn. Die Abschlussarbeit auf Deutsch über ein deutsches Thema zu schreiben, war eine logische Folge. Ich habe viel gelesen, geforscht und gelernt. Und vor Ihnen liegt das Ergebnis.

Obwohl es eine Produktion meiner Hände ist, wurde es nicht gelungen sein ohne Hilfe von einigen Menschen. Rutger, der immer in mir geglaubt hat und mir motiviert hat. Ohne ihn hatte ich es nicht erreichen können. Außerdem auch Herr Nelisse, für seine positive Haltung und Unterstützung. Natürlich auch das Duitsland Instituut Amsterdam. Das Institut bot mir die Gelegenheit an meiner Abschlussarbeit zu arbeiten und vielleicht noch wichtiger, die Kollegen haben mir geholfen mit der Literaturforschung. Besonders möchte ich mich bei Marja und Annabelle vom DIA bedanken. Sie haben mir sehr geholfen mit meiner Deutschen Sprache. Als letzte meine Eltern, die mir die Chance gegeben haben zu studieren.

Beim Lesen wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Claudia Dekkers

Den Haag, Mai 2007

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>1. Deutschland und Europa: 1945 - 1982.....</b>	<b>3</b>
1.1 Die ersten Jahre nach dem Krieg .....	3
1.2 Die 50er und 60er Jahre .....	5
1.3 Von 1969 bis 1982.....	7
<b>2. Helmut Kohl .....</b>	<b>10</b>
2.1 Die deutsch-französischen Beziehungen .....	11
2.2 Europa.....	12
2.3 Einheitliche Europäische Akte .....	12
2.4 Wirtschaftliche Zusammenarbeit .....	13
2.5 Institutionelle Reformen.....	14
2.6 Die Wende.....	15
2.7 Verträge von Maastricht und Amsterdam .....	17
2.8 Fazit.....	18
<b>3. Gerhard Schröder .....</b>	<b>19</b>
3.1 Europa.....	20
3.2 Die Agenda 2000 und der deutsche Ratsvorsitz .....	21
3.3 Nizza .....	23
3.4 Eine europäische Verfassung.....	24
3.5 Fazit.....	24
<b>4. Angela Merkel .....</b>	<b>26</b>
4.1 Die Europäische Verfassung .....	27
4.2 Klimaschutz und Energiepolitik.....	28
4.3 Wirtschaft .....	30
4.4 Fazit.....	31
<b>5. Die Europapolitik von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel ..</b>	<b>33</b>
<b>Literaturliste.....</b>	<b>36</b>
<b>Anlagen</b>	



## Einleitung

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Deutschland eine Gefahr für Europa. Die Demokratie wurde gefährdet und das Vertrauen in Deutschland weggenommen. Dabei kam es auch noch zur Spaltung Deutschlands. Ostdeutschland wurde kommunistisch und Westdeutschland kapitalistisch. Es war für Deutschland sehr wichtig sich neu in Europa zu positionieren und das Vertrauen der europäischen Länder zurückzugewinnen.

Nach dem Krieg hat Konrad Adenauer diese Aufgabe auf sich genommen. Er war der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschlands (BRD). Ohne finanzielle Hilfe konnte der Aufbau Deutschlands nicht anfangen. Deswegen war die Unterstützung von Amerika in der Form des Marshall-Plans so wichtig. Der Aufbau Deutschlands konnte nur in einer gut funktionierenden Wirtschaft und in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Ländern gelingen.

Es hat nicht lange gedauert, bis der Prozess der europäischen Integration anging. 1951 ist die EGKS gegründet worden. Die deutsch-französische Achse ist immer der Motor der europäischen Einigung gewesen.

Von 1982 bis jetzt ist die europäische Zusammenarbeit mehrmals umgestaltet worden. Diese Zusammenarbeit ist ein Prozess, in dem Deutschland auch einen Anteil hat. Die 8 Bundeskanzler, die sich für die europäische Einigung eingesetzt haben, hatten alle verschiedene Sichtweisen und Ziele. In dieser Abschlussarbeit geht es um die drei letzten Bundeskanzler Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel.

*„Was sind die Übereinstimmungen und Unterschiede in der deutschen Europapolitik von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel?“*

Kohl ist bekannt um seine Europapolitik, Schröder dahingegen stellte nationale Interessen über europäische Interessen und Merkel ist jetzt Vorsitzende des Europäischen Rates.

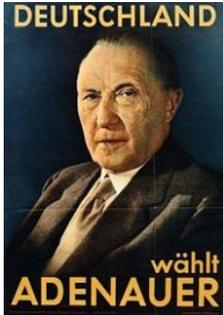


Deswegen geht diese Abschlussarbeit über die Europapolitik von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel. Inwieweit stimmte ihre Europapolitik überein? Oder gab es vor allem Unterschiede?

Um zu einer Antwort zu kommen, habe ich viele Bücher gelesen und im Internet die letzten Entwicklungen von Merkels Ratsvorsitz gefolgt. In Kapitel zwei folgt ein Blick auf die Geschichte Deutschlands seit 1945. Wie hat Deutschland von 1945 bis zum 1992 am europäischen Einigungsprozess beigetragen? In Kapitel 3 wird beschrieben, welche Ziele Kohl anstrebte während seiner Amtsperiode. Es gibt einen Überblick der wichtigsten Entwicklungen. Nach Kohl, kam Schröder an die Macht. Seine Amtsperiode wird beschrieben in Kapitel 4. Auch hier ein Überblick der wichtigsten Entwicklungen. In Kapitel 5 folgt ein Blick auf die Europapolitik von Merkel. Sie ist jetzt Vorsitzende des EU-Rates und hat ehrgeizige Ziele. Die Hauptfrage wird in Kapitel 6 beantwortet.



# 1. Deutschland und Europa: 1945 - 1982



*„Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören“*

## 1.1 Die ersten Jahre nach dem Krieg

Das Nazi-Regime Hitlers hat die ganze Welt erschreckt. Mit einer verheerenden Kraft zog es durch Europa und hat es Europa zerstört. Die europäischen Länder waren der Meinung, dass so etwas nie wieder passieren darf. Es durfte nie wieder möglich sein für ein Land oder für eine Person so viel Macht zu bekommen. Das Gleichgewicht der Mächte wird dann zerstört und die Demokratie wird bedroht. Das hat der Zweite Weltkrieg bewiesen. Es war für Deutschlands Nachbarn und für die Alliierten wichtig nach dem Zweiten Weltkrieg die Macht Deutschlands zu beschränken. Die Antwort auf die deutsche Frage, wie die politische Grenze Deutschlands gestalten werden sollte, blieb aus, aber eine Zwischenlösung wurde gefunden: Die Teilung Deutschlands in einen westlichen kapitalistischen Teil und in einen östlichen kommunistischen Teil. Damit wurde auch die Ära des Kalten Krieges eingeleitet. Die Vereinigten Staaten von Amerika boten dem zerstörten Europa Hilfe mittels des Marshallplans. Das hat Walter Hallstein, der erste Kommissionspräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in seiner Rede zur atlantischen Partnerschaft vom 17. September 1963 in Straßburg betont. (Gasteyger, 2005, S. 206).

Als Europa nach dem Kriege daniederlag, von Hunger, Chaos und Kommunismus bedroht, und die Gefahr eines sowjetischen Vorstoßes zum Atlantik bestand, sah sich Amerika zur Hilfe herausgefordert. Seine Antwort war beispiellos großzügig: Umfassend und wirksam durch



Marshallplan und OEEC, durch jahrelange Duldung einer kontingentspolitischen Diskriminierung stützte es den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, mit der NATO schuf es militärischen Schutz für seine Verbündeten.

Stalin lehnte dieses Angebot ab. Er wollte nicht, dass die osteuropäischen Länder Unterstützung von Amerika bekamen.

1948 wurde mit dem Entwurf einer Verfassung für die zukünftige Bundesrepublik Deutschlands ein Anfang gemacht. Nachdem die Besatzungsmächte den Entwurf genehmigt hatten, wurde 1949 in Westdeutschland die BRD gegründet. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in Ostdeutschland ließ nicht lange auf sich warten. Die DDR war 1949 eine vollendete Tatsache. Damit war die Angst vor Deutschland nicht weggenommen. Frankreich war der Ansicht, dass eine Bedrohung vermieden werden könnte, wenn die Alliierten eine Zusammenarbeit mit Westdeutschland eingingen. Robert Schuman, der damalige Außenminister von Frankreich, kam mit der Idee eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zu errichten, da Kohle und Stahl typische Kriegsprodukte waren. Der Erfinder dieser Idee war Jean Monnet, ein französischer Politiker. Robert Schuman schlug der französischen Regierung die Idee Jean Monnets vor. Die EGKS war eine Fortsetzung des Marshall-plans, ein amerikanischer finanzieller Plan für den Aufbau Deutschlands, und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern. Die westeuropäischen Nachbarn konnten mit diesem Vertrag die deutsche Kohle- und Stahlproduktion kontrollieren und sie brauchten nicht auf die Produktion von Kohle und Stahl zu verzichten, vor allem Frankreich. Die BRD, mit Konrad Adenauer, Christlich Demokratische Union (CDU) als Bundeskanzler stand dieser Idee positiv gegenüber. Adenauer war sich davon bewusst, dass die BRD sich auf Europa richten musste. Der Bundeskanzler führte eine Politik der Westbindung. „Adenauers Politik nach 1945 war zunächst in vage Überlegungen eingebettet. Inhalt, Umfang und Geschwindigkeit waren noch offen, nur die Richtung lag fest: Westeuropäische Integration unter Einbeziehung Westdeutschlands.“ (Hacke, 1997, S. 51). Die Schaffung des gemeinschaftlichen Europas konnte nur mit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit gelingen. Bis jetzt war die Kontrolle über die Kohle- und Stahlindustrie immer noch einseitig gewesen. Mit der Schaffung der EGKS konnte die einseitige Kontrolle durch eine



umfassende Gemeinschaft ersetzt werden. Die Verfassungsverhandlungen verliefen schnell, damit am 18.04.1951 in Paris der EGKS-Vertrag mit eigenen Zuständigkeiten durch Frankreich, Westdeutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg unterzeichnet werden konnte. Am 11.01.1952 wurde der Vertrag im Bundestag ratifiziert. Mit dem Zutritt Deutschlands zur EGKS wurde die BRD als vollberechtigtes Mitglied anerkannt.

Unterdessen hatten die Länder auch über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) verhandelt, aber diese war im letzten Moment durch die französische Nationalversammlung abgelehnt worden. Hierdurch scheiterte auch die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG).

## 1.2 Die 50er und 60er Jahre

Die 50er Jahre kennzeichnen sich durch die Römischen Verträge. 1957 wurde in Rom die EWG gegründet. Das Ziel war einen gemeinsamen Markt zu errichten und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu betreiben. Es sollte eine Zollunion mit freiem Verkehr von Gütern, Personen, Dienstleistungen und Kapital werden. Gleichzeitig war auch die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet worden, eine Gemeinschaft für friedliche Nutzung von nuklearer Energie. Auch jetzt ratifizierte der Bundestag mit großer Mehrheit die Verträge.

Der erste Präsident der Kommission der EWG war der Deutsche Walter Hallstein. Unter Führung von Hallstein war der Anfang der EWG ein großer Erfolg. Da die Römischen Verträge richtig interpretiert werden sollten, wurde der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft geschaffen. Inzwischen hatten sich die BRD der Nordatlantischen Allianz (NATO) angeschlossen. Die DDR war dem Warschaupakt beigetreten, dem Gegenstück der NATO. Der Unterschied zwischen der BRD und der DDR wurde größer. Nicht die Wiedervereinigung Deutschlands hatte Priorität, sondern die Sicherheit und Entspannung Europas. Die Entspannungspolitik gelangte 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer zu einem Tiefpunkt. Tausende DDR-Bürger flüchteten aus dem kommunistischen Teil Deutschlands. Die Sowjetunion machte dem Fliehen mit dem Bau der Mauer ein Ende. „Eine neue Dimension, die Teilung



Deutschlands, war durch den Bau der Mauer sichtbar vollendet worden.“ (Hacke, 1997, S. 87).

Der Schwerpunkt am Anfang von Adenauers Zeit als Bundeskanzler waren die deutsch-französische Beziehungen, die Versöhnung mit Frankreich. Das hat zur Unterzeichnung des Elysée-Vertrags 1963 geführt, ein Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland, de Gaulle und Adenauer. Nicht jeder war begeistert vom Elysée-Vertrag. Großbritannien war der Meinung, der Vertrag würde die europäische Einheit zerstören und würde Frankreich in eine begünstigte Position bringen. Auch innerhalb Deutschlands entstand Widerstand, was zu einer Änderung des Vertrags führte. (Schukraft, 2002, S. 42).

Auch in den eigenen Reihen stieß Adenauers Alleingang auf scharfe Kritik. Erhard und der Unions-Fraktionsvorsitzende von Brentano überlegten angestrengt, wie man diese deutsch-französische Bombe entschärfen könnte. Man entschied sich schließlich für eine Präambel, in der die multilateralen Verpflichtungen der Bundesrepublik und die Offenheit des europäischen Einigungsprozesses betont wurden.

1963 wählte die Bevölkerung der BRD Ludwig Erhard (CDU) als neuer Bundeskanzler. Unter Erhard, ehemaliger Bundeswirtschaftsminister, erlebt die BRD das Wirtschaftswunder. Der große Unterschied zu Adenauer war, dass Erhard ein Atlantiker war, statt sich vor allem auf Europa zu richten, wie es der erste Bundeskanzler tat. Erhard hatte ein offeneres Verhältnis Großbritannien gegenüber zum großen Ärger von Charles de Gaulle. Frankreich benutzte 1963 sein Veto und stimmte gegen den Zutritt von Großbritannien zur EWG. Das führte zur Abkühlung der deutsch-französischen Beziehungen. Gerhard Schröder, nicht der spätere Bundeskanzler, sondern der Außenminister, suchte Annäherung zu Ost- und Mitteleuropa. Doch was er zu erreichen versuchte, kam anders. Die DDR rückte näher zur Sowjetunion statt zur BRD unter Druck der sozialistischen Staaten. (Hacke, 1997, S. 113).

Aber die Hoffnung, dass das DDR-Regime durch Druck der sozialistischen Nachbarn zu Zugeständnissen in der deutschen Frage genötigt werden könnte, erwies sich als trügerisch. Das Gegenteil trat ein. Das Regime Ulbricht lehnte sich noch stärker an die Sowjetunion an.



Während der Kanzlerschaft Erhards wurden wenige Fortschritte im Ost- und Westdeutschen Integrationsprozess gemacht. Dahingegen wurde seine Kanzlerschaft durch die aufblühende Wirtschaft gekennzeichnet.

1966 übernahm Kurt Georg Kiesinger (CDU) die Kanzlerschaft. Da die Chancen für eine erfolgreiche Europapolitik nicht so positiv waren, versuchte er die deutsch-französischen und deutsch-britischen Beziehungen zu stärken. „Die Bundesrepublik sah er in der Rolle des ehrlichen Maklers im französisch-britisch-amerikanischen Dreieck.“(Schukraft, 2002, S. 54). Trotzdem kam die EWG am Ende der 60er Jahre wieder in eine Krise. Frankreich lehnte zum zweiten Mal den Zutritt Großbritanniens zur EWG ab. Die Ablehnung verursachte Unruhe innerhalb der EWG. Kiesinger befürchtete, dass die Unruhe, entstanden durch die Abwesenheit von Frankreich während Großbritanniens Vorsitz der West-Europäischen Union (WEU), auf die EWG übergehen könnte. Kiesinger unternahm nichts gegen de Gaulle, wie auch Jean Monnet im Juli 1968 nach einem Gespräch mit Kiesinger betonte. (Hacke, 1997, S. 130). Nach dem Vorbild von Adenauer führte Kiesinger eine Entspannungspolitik in Bezug auf Ostdeutschland und Ost-Europa. „(...) aber sein Engagement für die Aussöhnung mit dem Osten hatte Pathos und Überzeugungskraft.“( Hacke, 1997, S. 145). Unter Kiesinger wurden 1967 die verschiedenen Gemeinschaften der EU, wie Euratom, die EGKS und die EWG zur Europäischen Gemeinschaft umbenannt.

### **1.3 Von 1969 bis 1982**

Willy Brandt, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), kam 1969 an die Macht. Inzwischen hatte die Sowjetunion ihre Haltung dem Westen gegenüber geändert. Der Anlass dazu war die Annäherung Amerikas an die Sowjetunion. Grund für die BRD um eine neue Ostpolitik einzuführen. Die Bevölkerung hatte sich entspannungsbereiter gezeigt und eine neue Ostpolitik konnte neue Chancen für Deutschland und Europa hervorbringen. Ein anderer wichtiger Faktor war der Machtwechsel in Frankreich. Georges Pompidou wurde zum neuen Präsidenten von Frankreich gewählt und unter Pompidou herrschte eine Pro-EG-Stimmung und wurde die Blockadepolitik von Großbritannien aufgehoben. Während eines Gipfeltreffens in Den Haag nannte Brandt die Erweiterung der EG mit Großbritannien und den



Ausbau der Gemeinschaft als Ziele seiner Europapolitik. Die Regierungschefs anderer EG-Länder waren der gleichen Meinung. Nur eine erfolgreiche Westpolitik konnte eine gute Grundlage für die neue Ostpolitik schaffen, davon war Brandt überzeugt. „Die Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten, als Ergänzung der Adenauerschen Politik der Aussöhnung mit dem Westen, war Brandts Vision.“ (Hacke, 1997, S. 153).

Die Politik von Brandt und seinem Außenminister Walter Scheel kannte drei Hauptziele; die Beziehung mit der Sowjetunion verbessern, eine normale Beziehung mit den osteuropäischen Staaten schaffen und die Beziehung zwischen der BRD und der DDR verbessern. In Bezug auf das zweite Ziel wurde 1973 ein Fortschritt in der Entspannungspolitik verbucht. Verschiedene Verträge über den Verzicht von Gewalt wurden innerhalb Europa geschlossen und führten zu Truppenreduzierung. Seine Entspannungspolitik hat auch am Zustandekommen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beigetragen. Für diese Leistung bekam Brandt 1971 den Friedensnobelpreis. (Auswärtiges Amt, 2005, S. 46).

Es war während seiner Kanzlerschaft, dass Großbritannien, Dänemark und Irland der EU beitraten. Den Beitritt Großbritanniens hatte er schon in seiner Zeit als Außenminister befürwortet und 1973 wurde diese Erweiterung eine Tatsache.

1974 trat Brandt wegen der Spionageaffäre Guillaume zurück. Helmut Schmidt (SPD) wurde sein Nachfolger. Anders als Brandt, hatte er keine langfristigen Ziele in diesem Bereich vor Augen. Der Integrationsprozess Europas stagnierte und deswegen konzentrierte er sich auf das, was notwendig war. Dies bedeutete nicht, dass die in Den Haag und Paris übereingekommenen Ziele nicht mehr galten. Im Gegenteil. „Der Pragmatiker Schmidt hatte bei seinem Amtsantritt als Bundeskanzler 1974 nicht – wie Brandt – das langfristige Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung vor Augen. Er war auf der Suche nach einem neuen Machtgleichgewicht in Europa (...).“ (Leuchtweis, 2002, S. 91). Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, legte Schmidt den Akzent auf die wirtschaftlichen Interessen der BRD an Europa. Nicht der Integrationsprozess, sondern die Wirtschaft hatte Priorität in Schmidts Regierungsprogramm. Unter Schmidt hat Deutschland die Ölkrise gut überstanden. Schmidt und sein französischer Amtkollege Giscard d'Estaing haben gemeinsam die Idee des europäischen Währungssystems (EWS) ausgearbeitet. Dies sollte zu stabileren Wechselkursen zwischen den teilnehmenden Ländern führen.



Den Kern der Europapolitik der Regierung Schmidt/Genscher bildeten die Beziehungen zu Frankreich. Beide setzten weniger auf supranationale Integration als vielmehr auf intergouvernementale Kooperation und auf Erweiterung. Beide Regierungen wußten, daß wichtige Probleme wie das des Gemeinsamen Marktes im bilateralen Verhältnis kaum zu lösen waren, klammerten sie deshalb aus, und beide konzentrierten sich auf lösbare Sachfragen. Beide suchten – unter Berücksichtigung der eigenen internationalen Interessen ihres Landes – den internationalen Stellenwert Westeuropas vor allem über die Wirtschaftspolitik zu stärken. Dies zeigte sich bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit für ein europäisches Währungssystem (EWS). (Hacke, 1997, S. 224).

Trotz dieser Zusammenarbeit, gab es auch Rivalität zwischen den beiden Ländern. Ein Beispiel ist die Beziehung mit der Sowjetunion. Brandt war schon während seiner Kanzlerschaft auf die Insel Krim abgereist, ohne dies Frankreich mitzuteilen. Einige Jahre später traf Giscard d'Estaing den sowjetischen Regierungsleiter und kündete dies bei Schmidt nur einen Tag vorher an.

Schmidts Ostpolitik kennzeichnete sich durch Entspannung, Stabilität und Kontinuität. „Durch Entspannungspolitik nach Osten und durch akkurate Wahrnehmung der Bündnispflichten nach Westen wurde deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzler Schmidt zu einer internationalen Ausnahmeerscheinung.“(Hacke, 1997, S. 272). Nach 8 Jahren übernahm Helmut Kohl (CDU) in 1982 die Kanzlerschaft.



## 2. Helmut Kohl



*„Deutschland ist unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“*

Helmut Kohl (CDU) war der sechste Bundeskanzler der BRD. Sehr wichtig in seiner Amtsperiode war die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands, die Wende. Kohl war der erste Bundeskanzler eines geeinigten Deutschlands. Bis jetzt ist er auch der Kanzler mit der längsten Amtsperiode. Nach seiner Wahl zum Kanzler 1982, wurde Kohl viermal zum Bundeskanzler wieder gewählt. Schon nach einigen Monaten als Bundeskanzler, kam es Anfang 1983 zu einer Neuwahl. Kohl hatte die Vertrauensfrage gestellt, um die Auflösung des Bundestages zu erreichen und er war ab jetzt sicher, dass er das Vertrauen des Bundestages hatte. Das ist ihm auch gelungen. Dies war eine politische List.

Unter Kohl ist Deutschland dreimal Ratspräsident der EU gewesen, 1983, 1988 und 1994. Bei den ersten zwei Ratspräsidentschaften war Hans-Dietrich Genscher, Freie Demokratische Partei (FDP), Außenminister. Da Genscher schon Außenminister unter Schmidt war, änderte sich im Auswärtige Amt nicht viel. 1992 wurde Klaus Kinkel (FDP) zum Außenminister ernannt. Kohl richtete sich vor allem auf Europa. Das ging auf Kosten der Innenpolitik. „Bundeskanzler Kohl hat bei zahlreichen Anlässen immer wieder betont, dass die Einigung Europas das Ziel seiner Politik sei.“ (Kohler-Koch, 1998, S. 284). Die wichtigsten Ziele seiner Europapolitik waren die Aufwertung der Rolle des Europäischen Rates, die Entwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) und die Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und institutionelle Reformen der EG, das heißt, die Handlungsfähigkeit der Institutionen zu verbessern. (Fröhlich, 2001, S. 220). Kohl hat sich auch immer eingesetzt für die



Süderweiterung, die zweite Erweiterung Europas. Die erste Erweiterung, Dänemark, Irland und Großbritannien, hatte schon 1973 unter Brandt stattgefunden. Kohl hat sich immer eingesetzt für den Zutritt von Spanien und Portugal und 1986 kam es zu dieser Erweiterung.

## 2.1 Die deutsch-französischen Beziehungen

Die deutsch-französische Beziehung war zum Kernstück der EU geworden. Kohl war sich dessen bewusst und nach seiner Wahl besuchte er direkt Paris. Die Zeit der deutschen Bedrohung war vorbei. Mitterand, der damalige französische Präsident, und Kohl sahen die deutsch-französische Beziehung als Motor der EU. Frieden war ein wichtiges Element, was Kohl in seiner Regierungserklärung vom 25. November 1982 betonte.

(...) dass es für mich selbstverständlich war, meinen ersten Besuch unmittelbar nach meiner Wahl in Paris abzustatten. Ich habe dies getan, weil wir wissen, - und hier möchte ich Präsident Mitterand zitieren – wie sehr die Beziehung zwischen unseren beiden Ländern ein wesentliches Element des Friedens sind, des Gleichgewichts, des Wohlergehens in unseren beiden Ländern, des Wohlergehens Europas, ja zweifelsohne der ganzen Welt. (Kohl, 1982, ¶ 2).

Die deutsch-französischen Beziehungen wurden für den Integrationsprozess Europas genutzt. „Die deutsch-französische Freundschaft war und bleibt die treibende Kraft im europäischen Einigungsprozeß“ (Kohl, 1987, „Europa ist unsere politische Zukunft“, ¶ 10).

Doch wahrte Deutschland Abstand von Frankreich. Die beiden Länder sind sehr unterschiedlich und deswegen fand Kohl es realistisch einige Distanz zu bewahren. Kohl und Mitterand trafen einander Anfang 1984. In der Zeit war Frankreich Ratsvorsitzender. Sie einigten sich über die Entscheidungen, die während des deutschen Vorsitzes in Stuttgart getroffen waren. Mitterand fand Eureka, die europäische Sicherheits- und Technologiepolitik, von größerem Interesse als die Wirtschaftspolitik, in der Deutschland und Frankreich eine bedeutende Rolle spielten.



Dies fand Kohl wichtiger. Das Währungssystem war ein Streitpunkt, da der französische Franc nicht so stark war wie die deutsche Mark.

Trotzdem würde die Zusammenarbeit positive Auswirkungen auf die europäische Einigung haben. Andere europäische Länder wurden von der positiven Entwicklung angesteckt und sahen Europa als eine Chance. Die Achse zwischen den beiden Ländern diente als Beispiel für andere Länder. Es war und wurde zu einem Beispiel von europäischer Einigung. Trotzdem könnte man sich fragen, ob es nicht nur eine symbolische Beziehung war, statt einer engen Zusammenarbeit.

## **2.2 Europa**

Schon sechs Monate nach Kohls Amtsantritt, wurde Deutschland Ratspräsident der EU. Die Präsidentschaft wurde nicht verwendet um nationale Ziele zu erreichen, sondern nur um auf europäischer Ebene Fortschritte zu machen. Der europäische Integrationsprozess hatte in letzter Zeit wenige Fortschritte gemacht und musste wieder beschleunigt werden. Kohl sagte, Europa brauche einen neuen Impuls. „So kündigte der Kanzler an, „neue Wege zur Einigung Europas“ öffnen zu wollen, (...)“ (Keßler, 2002, S. 119). Während der deutschen Präsidentschaft lag die Betonung auf der Süderweiterung und der Entwicklung einer neuen Gemeinschaftspolitik.

## **2.3 Einheitliche Europäische Akte**

Helmut Kohl stand einem gemeinschaftlichen Europa positiv gegenüber. Sein Außenminister, Genscher, der zuvor auch Außenminister unter Schmidt war, hatte zusammen mit seinem Kollegen Emilio Colombo einen Text ausgearbeitet. Dieser Text war die Grundlage der feierlichen Erklärung von Stuttgart im Juni 1983 und führte zur Europäischen Einheitlichen Akte (EEA), die durch die Mitgliedstaaten 1986 in Luxemburg unterzeichnet wurde und 1987 in Kraft trat. Wichtig in der EEA waren die Verwirklichung des Binnenmarktes und das Funktionieren der Institutionen der EG. Ende der siebziger Jahre war die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in eine Sackgasse geraten, aber diese wurde in den achtziger Jahren in der EEA abgesichert. Bei der EEA ging es nicht nur um wirtschaftliche Zusammenarbeit, es



handelte sich auch um engere Kooperation auf anderen Gebiete wie Politik und die Erweiterung der Befugnisse der EG. „Kernpunkte des Konzepts: Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte als Grundlage einer wertorientierten Außenpolitik der Gemeinschaft; Entwicklung des EWS und einer Wirtschafts- und Währungsunion; enge Zusammenarbeit in der Rechtspolitik“. (Fröhlich, 2001, S. 188). Außerdem bildete die EEA die Grundlage der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

## **2.4 Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Die WWU würde für Deutschland günstig sein. Ein europäischer Binnenmarkt ist ein besseres Gegenstück der Großmacht Amerika gegenüber, als die verschiedenen Länder an sich. Die europäische Wettbewerbsfähigkeit ist durch den Binnenmarkt gestärkt worden. Eine gemeinsame Währung würde auch zur besseren Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung führen. Was auch ein wichtiger Vorteil sein würde für Deutschland als Exportland, war ein stabiler Wechselkurs. Kohl befürwortete eine weitere Zusammenarbeit innerhalb Europas. Die Vollendung des Binnenmarktes würde auch dem Wettbewerb zugute kommen. Realisierung des Binnenmarktes hatte daher Priorität. Während einer Regierungskonferenz 1985 in Mailand wurde beschlossen, den Binnenmarkt Ende 1992 zu vollenden. Wenn Entscheidungen getroffen werden mussten, verwendete man das Mehrheitssystem. Aber bei wichtigen Fragen bestand Deutschland darauf, Entscheidungen mittels Konsensus zu treffen. Wie Genscher in einer Rede vor dem Europäischen Parlament 1988 betonte, war ein integrierter europäischer Binnenmarkt nur mit einer Verwirklichung der WWU möglich. (Fröhlich, 2001, S. 214). Der Delors-Ausschuss war, im Auftrag vom Europäischen Rat damit beschäftigt, die Pläne der WWU auszuarbeiten, einschließlich Pläne für eine europäische Zentralbank.

Der Plan enthielt drei Stufen:

- Erstens: Die Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten wurden aufgehoben
- Zweitens: 1994 wurde das Europäische Währungsinstitut gegründet, das sich u.a. mit der Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und der Koordinierung und Stärkung der Geldpolitik beschäftigte



- Drittens: 1999 wurde der Wechselkurs der Währungen der Mitgliedstaaten festgelegt. (Europäische Zentralbank, 2007, „Wirtschafts- und Währungsunion“)

1996 ist beschlossen worden, die Europäische Zentralbank in Frankfurt zu gründen. Am 1. Januar 1999 war der Euro eine Tatsache. Die offizielle Einführung dauerte bis zum 1. Januar 2002.

## 2.5 Institutionelle Reformen

Damit diese Änderungen auch wirklich durchgeführt werden konnten, wollte Deutschland die Institutionen reformieren, zum Beispiel mehr Befugnisse für das europäische Parlament. In Fontainebleau, während des französischen Ratsvorsitz 1984, wurde die Errichtung des Dooge-Ausschusses beschlossen. Dieser Ausschuss beschäftigte sich mit institutionellen Fragen. „(...) dessen Mandat bestand darin, Vorschläge zum besseren Funktionieren der Zusammenarbeit im Bereich der EG und der EPZ zu unterbreiten, die dann später als Beratungsgrundlage für die Einheitliche Europäische Akte (EEA) dienen.“ (Keßler, 2002, S. 124). Die wichtigsten Punkte des Dooge-Ausschusses waren die Einberufung einer Regierungskonferenz, mehr Befugnisse für das europäische Parlament und die europäische Kommission, mehr qualifizierte oder einfache Mehrheitsbeschlüsse und die politische Erweiterung der EG. Der Bericht des Dooge-Ausschusses ist 1985 in Mailand von den Regierungschefs und Staatsleitern ratifiziert worden.

Deutschland war ein Vorkämpfer der Stärkung des europäischen Parlaments. Das hatte Kohl schon in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 betont. Das europäische Parlament brauche ausreichende Befugnisse, damit es als demokratisches Kontrollorgan funktionieren könne. (Kohl, 1983, „Europa, eine historische Aufgabe.“, ¶ 4). Das europäische Parlament bekam mehr Möglichkeiten in Bezug auf Mitwirkung, aber es blieb beschränkt in seinen Befugnissen. Für Kohl reichte dieser Schritt nicht. Er erklärte 1985, dass weitere Schritte notwendig seien.



Er befürwortete Supranationalität, im Gegensatz zu Frankreich, das seine Souveränität behalten wollte.

Bei der Frage, in welchen Bereichen das Parlament größere Mitwirkungsrechte erhalten sollte, setzte sich der deutsche Vorschlag einer Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in den Vertrag nicht durch. Es blieb bei vagen Vorschlägen zur Stärkung des Parlaments im Gesetzgebungsverfahren, zu umfassenden Kontrolltätigkeiten sowie einer Genehmigungspflicht von Assoziierungs- und Beitrittsabkommen. (Fröhlich, 2001, S. 226).

In seiner Zeit als Bundeskanzler betonte er eine Zusammenarbeit der mehr als nur rein wirtschaftlich war. Kohl bevorzugte auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die GASP ersetzte die EPZ.

## 2.6 Die Wende

Der Russe Michail Gorbatschow kam 1985 in der Sowjetunion an die Macht. Er führte Glasnost (Offenheit, Transparenz und Informationsfreiheit) und Perestroika (Umbau, Umgestaltung, Umstrukturierung) ein und mit seinem Amtsantritt wurde die historische Wende in Europa eingeleitet. Die verschiedenen deutschen Bundeskanzler hatten sich schon mit der Ostpolitik beschäftigt, und damit war eine Grundlage gelegt. Die Revolution kam schnell. 1988 hatte die Sowjetunion beschlossen die Regierungen der Ostblockländer nicht länger zu unterstützen. Das DDR-Regime verlor die Kontrolle über die Bürger. Endlich konnte die Bevölkerung gegen das Regime und die wirtschaftliche Malaise rebellieren. Mit der Ankündigung von Schabowski, Funktionär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), am 9. November 1989, dass freies Reisen ab sofort möglich war, fuhren viele Ostdeutsche nach Berlin. Ohne Gewalt fiel abends die Berliner Mauer und damit schließlich auch das kommunistische Regime in Ostdeutschland.

Kohl hat Amerika, die Sowjetunion, die Ostblockländer und seine europäischen Partner von der deutschen Wiedervereinigung überzeugt. Er hatte ein Zehnpunkteprogramm erstellt, ohne Genscher darüber zu informieren, aber Genscher stimmte dem Programm zu. Dieses Programm sollte Deutschland zur



Einigung führen. Am 3. Oktober 1990 wurden Ost- und Westdeutschland wiedervereinigt. Frankreich und Großbritannien hatten ihre Einwände zur Einigung. In den deutsch-französischen Beziehungen entstanden Irritationen. Sowohl Frankreich als Großbritannien sahen die Einigung als Bedrohung ihrer eigenen europäischen Position. Auch waren sie der Meinung, dass die Einigung das europäische Gleichgewicht stören würde. Kohl betonte, die DDR in den europäischen Prozess aufnehmen zu wollen.

6. Deutschland als Bestandteil der Architektur Gesamteuropas: Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozeß und in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muß in eine gerechte europäische Friedensordnung eingefügt sein.

7. Die Europäische Gemeinschaft als Grundlage der gesamteuropäischen Einigung muß gegenüber den reformorientierten Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa offen sein. Sie muß auch offen sein für einen baldigen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR und angemessene Formen der Assoziierung. (Kohl, 1989, „Zehn Punkte für Deutschlands Einheit“, ¶ 6 und 7).

Die EG dahingegen, stand der Einigung positiv gegenüber. Der Präsident der Kommission Jacques Delors nahm eine wichtige Rolle in den Verhandlungen ein. Die Lösung ließ nicht lange auf sich warten. Die ehemalige DDR wurde Teil der BRD. Auf diese Weise musste sie nicht formal der EG beitreten. Der Beitritt geschah in drei Stufen. Als erstes musste Ost-Deutschland die Gesetzgebung Westdeutschlands übernehmen. Danach musste auch das Gemeinschaftsrecht übernommen werden, mit einigen Sonderregelungen. Die letzte Stufe war der technische Vollzug der Integration.

Wichtig nach der Einigung waren die Zwei+Vier-Gespräche. Ost-, und Westdeutschland und die alliierten Mächte sprachen über die Zukunft Deutschlands.



## 2.7 Verträge von Maastricht und Amsterdam

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die EG zur Europäischen Union (EU) umgestaltet, (der Vertrag der EU, VEU). Frankreich und Deutschland hatten vorher eine Initiative beim irischen Ratspräsidenten eingereicht. Sie betonten die Beschleunigung des politischen Aufbaus Europas. Der Europäische Rat von Dublin stimmte zu. Die europäische Zusammenarbeit war nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, das was Kohl immer angestrebt hatte.

Die EU wurde in drei Säulen gestaltet; die erste Säule sind alle Gemeinschaften (wie z.B. Euratom und EG), die zweite Säule ist die gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik und die dritte Säule ist die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS). Daneben wurden auch die Befugnisse des Europäischen Parlaments ausgedehnt, ein anderes Ziel von Kohl. Das Parlament war jetzt zusammen mit dem Rat der Europäischen Union Entscheidungsbefugt. Auch aufgenommen in den Vertrag wurde das Subsidiaritätsprinzip. Die WWU wurde in den Vertrag von Maastricht aufgenommen, somit war der Binnenmarkt vollendet. Am 7. Februar 1992 wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, am 1. November 1993 trat er in Kraft. Mit zukünftigen Zutritten und vielleicht notwendigen institutionellen Änderungen vor Augen, wurde eine Revisionsklausel in den Vertrag aufgenommen.

Mit dem Vertrag von Amsterdam ist der VEU revidiert worden. (Keßler, 2002, S. 140).

Beachtenswert sind zudem die Neuerungen im Bereich der GASP: Das Instrumentarium im Bereich der zweiten Säule wurde verfeinert, Entscheidungsmodi und institutionelle Ausstattung verbessert und das Handlungsfeld erweitert. Die größte Aufmerksamkeit erhielt aber die mit dem Amsterdamer Vertrag eingeführte Möglichkeit der „verstärkten Zusammenarbeit“, die es einer Mehrheit von Mitgliedstaaten erlaubt, in der Kooperation voranzuschreiten, sofern dadurch nicht die Funktionsfähigkeit der Union als Ganzes beeinträchtigt wird.

Mit dem Vertrag von Amsterdam ist die GASP ausgebaut worden. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wurde in den Vertrag aufgenommen.



1995 trat der Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors zurück. In Frankreich wurde die Präsidentschaft übernommen von Jacques Chirac. Seine Amtsperiode wurde beendet. Sechzehn Jahre war Kohl Bundeskanzler von Deutschland. Unter Kohl sind Ost- und Westdeutschland wieder zu einem Deutschland geworden.

## **2.8 Fazit**

Für Europa hatte Kohl große Pläne. Die Vollendung des Binnenmarkts war sehr wichtig. 1992 war es dann endlich soweit und wurde die WWU im Vertrag aufgenommen. Damit war die Vollendung eine Tatsache. Kohl wollte nicht nur eine wirtschaftliche Union, sondern auch politische Zusammenarbeit. Der Prozess verlief langsam. Während der Gründung des EUV wurde die EG um zwei Säulen erweitert, die GASP und die PJZS. Auf politischem Gebiet könnte die EU immer noch enger zusammenarbeiten. Ein anderes Ziel das Kohl anstrebte, war die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Institutionen und vor allem des EPs. In der EEA bekam das EP weitere Befugnisse anerkannt. Schrittweise wurden die Befugnisse des EPs ausgeweitet. Zusammen mit Frankreich hat Kohl eine wichtige Rolle im europäischen Einigungsprozess gespielt.



### 3. Gerhard Schröder



*„Europa ist Teil unserer eigenen Identität“*

Nach sechzehn Jahre war die SPD wieder an der Macht. 1998 ist Gerhard Schröder zum Bundeskanzler gewählt worden. Seine Amtsperiode dauerte 7 Jahre, bis 2005. Mit Joschka Fischer als Außenminister von Bündnis90/Die Grünen (Grüne) formte er eine rot-grüne Regierung. Schröder richtete sich auf ehrgeizige Ziele. So versuchte Deutschland unter Schröder einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bekommen. Am Anfang gab es einige Irritationen zwischen Deutschland und Frankreich, aber diese sind schnell gelöst worden. Danach schlug die deutsch-französische Beziehung um. Schröder richtete sich vor allem auf Frankreich, und weniger auf Europa. Hinter geschlossene Türe sind Vereinbarungen gemacht worden, die EU ist hier später über informiert worden. „Moreover, the Franco-German agricultural compromise negotiated in Brussels in 2002 was made behind closed doors without consulting the EU member states“ (Guérot, 2006, S. 22). Schröder hat den Zweiten Weltkrieg nicht erlebt, was sich reflektierte in seiner Außenpolitik. Er war skeptischer als Kohl. Er sah den europäischen Integrationsprozess nicht mehr als eine historische Aufgabe. Seiner Meinung nach musste die deutsch-europäische Beziehung nicht nur eine historische Verpflichtung sein. Fischer dahingegen stand Europa emotionaler gegenüber. Trotz dieser unterschiedlichen Auffassungen, haben sie sieben Jahr in eine Koalition zusammen gearbeitet.

Die Koalition kündigt an, durch neue Initiativen zur „Weiterentwicklung zu einer Politischen Union sowie zu einer Sozial- und Umweltunion beitragen zu wollen. Nach Bekenntnisse zum Euro, zur Stärkung der Demokratie in



der Union und zur Osterweiterung werden recht detailliert die deutschen Zielsetzungen für Europa beschrieben. (Müller-Brandeck-Bocquet, 2002, S. 172).

Schröders Europapolitik hat auch zu Spaltungen innerhalb der EU geführt. Im Bezug auf den Krieg in Irak hat Schröder sich hinter Frankreich geschart und damit gleichzeitig eine Position gegen die Mehrheit der EU-Länder wie u.a. Spanien, Italien, Großbritannien und Polen eingenommen. Deswegen war es so wichtig eine gut funktionierende Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu betreiben, damit die EU eindeutig nach außen treten konnte.

Es war in der Zeit von Schröder als Bundeskanzler, dass die zehn Osteuropäischen Länder der EU beitraten. Mit dem Zutritt, lag Deutschland nicht mehr an der Ost-Grenze der EU, sondern mitten drin.

### **3.1 Europa**

Wie Kohl, fing Schröder 1999 seine Kanzlerschaft an mit einem Ratsvorsitz. Fischer erklärte dem EP die deutschen Ziele. Wichtig war natürlich die Agenda 2000. Das war ein Aktionsprogramm für die Finanzrahmen der EU. In Zusammenhang damit stand der Euro, die gemeinsame europäische Währung. (Weidenfeld, 1999, S. 79/80). Der Euro ist 2002 in den teilnehmenden Staaten eingeführt worden.

Mit dem Euro und der Erweiterung der EU wird Finalität zum Tagesgeschäft des europapolitischen Übermorgen. Europa steht vor der Herausforderung der Vollendung – diese konzeptionell zu durchdenken und in operative Strategien umzusetzen, wird zur entscheidenden Wegmarke deutscher Außenpolitik werden.

Die EU musste Finanzrahmen in Bezug auf die Osterweiterung anpassen. Deshalb würde Deutschland sich auch für die Erweiterungsfähigkeit einsetzen. Bevor die EU sich erweitern könnte, war es wichtig die Institutionen zu reformieren, damit sie handlungsfähiger werden würden. Europa konnte eine große Rolle spielen, wenn es die EU gelingen würde die Entscheidungsfähigkeiten zu stärken und Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Ländern der EU zu finden.

Das zweite Ziel war der Beschäftigungspakt. Das Ziel, zu mehr Beschäftigung zu kommen, ist in Luxemburg gestartet worden und wurde unter deutschem Vorsitz



ausgebaut. Als letzter Punkt betonte Fischer die Stärkung der GASP. Durch den Kosovo-Krieg wurde die GASP wieder aktuell. Der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte Mai 1999 die Verteidigungsminister der EU-Länder und der Länder der Nordatlantikvertrag-Organisation (NATO) zum Treffen eingeladen. Dort wurde über die europäische Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen. Das Problem der GASP war nicht ein Mangel an Institutionen, sondern die Bereitschaft der EU-Länder, ihre Souveränität aufzugeben. Sie schützten ihre nationalen Interessen und wollten das Einstimmigkeitsprinzip nicht ändern. Trotzdem mussten die Mehrheitsentscheidungen ausgeweitet werden. Die EU vorsah darin eine große Rolle für Deutschland, weil die deutsch-amerikanische und deutsch-russische Beziehungen gut waren und diese wichtig waren für die GASP. Während eines Gipfels Anfang Juni 1999, hatte der Europäische Rat beschlossen, dass die West-Europäische Union in der EU integriert werden würde. Funktionen der Verteidigungspolitik wurden der EU übertragen.

Fischer hielt es für wichtig eine Diskussion über die langfristigen Ziele der europäischen Einigung zu initiieren, die Finalität der europäischen Einigung. Wie Kohl betonte Schröder, wie wichtig es wäre die Institutionen zu reformieren. Diese Fragen sind im Vertrag von Amsterdam nicht beantwortet worden. In Nizza hatte Schröder die Möglichkeit das zu ändern und die Fragen zu lösen. Deutschland hatte den Vorsitz in der Zeit des Kosovo-Kriegs und des Rücktritts der Santer-Kommission. Die Kommission, geführt von Jacques Santer wurde von Korruption verdacht und die ganze Kommission trat am 15. März 1999 zurück. Die EU-Kommission hatte 8 Monate lang eine Interim-Kommission und November 1999 wurde Romano Prodi zum Kommissionspräsidenten ernannt. Trotzdem hat Schröder während dieser Krisen gut funktioniert.

### **3.2 Die Agenda 2000 und der deutsche Ratsvorsitz**

Deutschland war die ersten sechs Monate 1999 Ratspräsident der EU. Gleichzeitig gestaltete Deutschland auch die Agenda 2000, die die europäische Kommission 1997 schon vorgeschlagen hatte. In der Agenda 2000 wurden die Finanzen für 2000 bis 2006 festgestellt. Müller-Brandeck-Bocquet sagt in ihrem Buch, dass es Schröder



nicht gelungen ist, eine Reform der Agrarpolitik zu erreichen, ein wichtiger Punkt der Agenda 2000.

Zwar gelang es dem Europäischen Rat (ER) vom 25./26.3.1999 in Berlin, die unmittelbare Handlungsfähigkeiten der EU-15 zu garantieren, den Finanzierungsrahmen bis 2006 festzuhalten und auch eine wichtige Neuausrichtung der gemeinsamen Strukturpolitik, die künftig die Fördermittel stärker auf bedürftige Regionen konzentriert, zu beschließen. Aber eine substantielle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die den Übergang zu einer wirklichen Marktorientierung hätte bedeuten müssen, wurde insbesondere wegen des vehementen Widerstands Frankreichs nicht erreicht.

Es ist ein mühsamer Prozess, 15 Mitgliedstaaten über ein bestimmtes Thema zu einigen. Die gemeinsame EU-Agrarpolitik wurde 1988 und 1992 auch geändert und sollte 1999 wieder reformiert werden. Die Agrar- und Strukturpolitik nahmen ungefähr 80% des europäischen Haushalts ein. Ohne Reform und mit der Osterweiterung vor Augen, würde der Haushalt überschritten worden. Betont wurde die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Schröder und Fischer hatten nachdrücklich kein Datum für die Osterweiterung genannt. Der Termin würde nach den Verhandlungen der Agenda 2000 bekannt gegeben werden. Die Osterweiterung war nicht nur interessant für die EU, sondern auch für Deutschland. „Kaum ein anderes EU-Land profitiert in einem solchen Maß von den Exportchancen und der Herstellung einer Stabilitätssphäre im Osten Europas.“ (Giering, 1998/1999, S. 21). Damit die EU wettbewerbsfähig werden konnte, bekamen schwächere Regionen finanzielle Unterstützung. Es gab bis dahin sieben verschiedene Zielgebiete, in der Agenda 2000 wurden die beschränkt zu drei. Zielgebiet 1 brauchte die meiste Unterstützung. Die fünf neuen Bundesländer, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, gehörten zum Gebiet zwei.

Da der Prozess in Bezug auf die Agenda 2000 mühsam verlief, kamen die Regierungschefs März 1999 zusammen während eines Gipfeltreffens in Berlin. Nochmals betonte Deutschland die Wichtigkeit der Reform der Institutionen und Deutschland hoffte auf eine Einigung über die Reformen. Juni 1999 haben die Regierungschefs sich geeinigt: Die nächste Regierungskonferenz und der Europäische Rat von Nizza musste von den offenen Fragen des Amsterdamer Vertrags gekennzeichnet werden.



### 3.3 Nizza

Deutschland hat dem Bundestag angekündigt in Nizza schwere Verhandlungen zu begegnen. Deutschland hat verschiedene Ziele, worunter die Ausweitung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit, in Zusammenhang mit der Mitentscheidung des EP im Bereich der Gesetzgebung. Auch musste der qualifizierte Mehrheitsentscheid in allen drei Säulen angewendet werden, mit nur einigen Ausnahmen. Gleich wie Frankreich unterstützte Schröder auch die Rotation der Kommission und in Bezug auf die Stimmverteilung im Rat wollte Schröder eine fairere Stimmverteilung, mehr übereinstimmend zur Realität. Als letztes befürwortete Deutschland das Integrationsprozess.

Der Rat hat in Nizza beschlossen ab 1. Januar 2005 die qualifizierten Mehrheitsentscheidungen einzuführen. Es war von Belang der Entscheidungsprozess zu vereinfachen. Es ist fast unmöglich, dass 27 Länder sich einigen und keines sein Veto benutzt. Jedes Land wurde eine bestimmte Stimmzahl gegeben, abhängig von der Größe des Landes. Deutschland ist das größte Land und hat die meisten Einwohner. Trotzdem konnte Chirac sich nicht finden im Stimmzahl, wo Deutschland mehr zugeordnet kam, wie er in Madrid erklärte (Schröder, 2006, S. 350).

Ich bin nicht für eine Sonderbehandlung Deutschlands bei der Stimmengewichtung. Und zwar aus einem Grund: Wir haben viele Kriege gegen Deutschland geführt mit vielen französischen Gefallenen und Toten, bis eines Tages zwei Männer – de Gaulle und Adenauer – dachten, so könne es nicht weitergehen, und einen Pakt unter Gleichberechtigten schlossen.“

Aber die Mehrheitsentscheidungen gelten nicht für alle Bereichen. So wollte Deutschland sein Veto behalten im Bereich Asyl- und Einwanderungspolitik. Das Parlament ist ausgebreitet worden von 700 bis 732. Bis 27 Mitgliedstaaten darf jeder Staat einen Abgeordneten senden zur Europäischen Kommission. Wenn die EU wächst über 27 Mitgliedstaaten, hantiert die Kommission das Rotations-Prinzip. Die Mitglieder werden auf der Grundlage gleichberechtigten Rotation ausgewählt. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2001, „Überblick über den Vertrag von Nizza“, S. 5). Sehr wichtig für Deutschland war das deutsch-italienische Initiativ



die Union zur Reform zu verpflichten. „So steht eine Vereinfachung der Verträge sowie die Abgrenzung der Zuständigkeiten von EU und Mitgliedstaaten auf der Agenda des sog. Post-Nizza-Prozesses, der 2004 mit einer Regierungskonferenz abgeschlossen werden soll.“ (Müller-Brandeck-Boquet, 2002, S. 183).

Der nächste Schritt nach Nizza war eine engere Europäische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und Verteidigung, der Meinung Fisher nach.

### **3.4 Eine europäische Verfassung**

Im Anhang der Nizza Vertrag, war die Erklärung über die Zukunft der Union. Diese war die Grundlage des Europäischen Konvents. Dieser wurde am 28. Februar 2002 vom Europäischen Rat von Laeken eingesetzt. Der Auftrag des Konvents war Vorschläge über die europäische Zukunft auszuarbeiten. Deutschland stand dem Konvent sehr positiv gegenüber. Der ehemalige französische Präsident Giscard d'Estaing führte diesen Konvent. Der Konvent bestand aus 105 Mitgliedern. Der Text sollte die überlagernden Bestimmungen der verschiedene Verträge vereinfachen und bestand aus verschiedenen Teilen, unter denen eine Präambel. „Dem folgen vier Teile über die Grundlage der Union und ihre Funktionsweise, die Charta der Grundrechte, sodann die der Union zugewiesenen Zuständigkeiten und Arbeitsweise sowie allgemeine Schlussbestimmungen.“ (Gasteyger, 2005, S. 522). 2004 haben in Rom die Regierungschefs den Konvent zugestimmt. Es musste nur noch durch die Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Ein mühsamer Prozess, da die französische und niederländische Bevölkerung ‚nein‘ zu der Europäischen Verfassung sagten. Der Verfassungsvertrag ist heute eine wichtige und schwere Aufgabe für Angela Merkel.

### **3.5 Fazit**

Mit der Wahl von Schröder zum Bundeskanzler entstand eine andere deutsche Europapolitik. Schröder war der erste Bundeskanzler, der den Zweiten Weltkrieg nicht erlebt hatte. Seine Vorgänger hatten viel mehr die Idee, dass die nationalen



Interessen den europäischen unterstellt werden mussten. Schröder war euroskeptischer.

Es war Schröders Job, die Agenda 2000 festzustellen und die Finanzen der EU zu ordnen. Ein schwieriger Job, weil er auch mit der Osterweiterung berücksichtigen musste. Schröder war der Meinung, dass die Lasten fairer verteilt werden würden. Deutschland ist das größte Land der EU. Hier wurden auch die Reformen der EU zurückgestellt worden. Diese würden beim Vertrag von Nizza gelöst. Schröder hat auch eine fairere Stimmverteilung in der Europäischen Rat befürwortet, was ihm auch gelungen ist. Auch ist in Nizza beschlossen worden, Mehrheitsentscheidungen durchzuführen. Sie gelten nicht für alle Gebiete. Deutschland hat immer für eine handlungsfähigere Union gekämpft und die Mehrheitsentscheidungen sind einen großen Schritt vorwärts. Mit der Ratifizierung des Verfassungsvertrags, würde die EU handlungsfähiger und wettbewerbsfähiger werden. Dies ist jetzt die schwere Aufgabe Merkels. Schröder war der erste Kanzler der die nationalen Interessen wichtiger fand als die EU-Interessen. Nur mit einer starken Innenpolitik, kann man eine starke Außenpolitik betreiben.



## 4. Angela Merkel



*„Europa war und Europa bleibt die Friedensidee des 20. Jahrhunderts und Europa bleibt die Zukunftsidee des 21. Jahrhunderts“*

Angela Merkel, Christliche Demokratische Union, ist die erste Bundeskanzlerin. Ein interessanter Aspekt ist ihr Hintergrund. Merkel ist nämlich in Ost-Deutschland aufgewachsen. November 2005 ist sie zur ersten Bundeskanzlerin gewählt worden, nachdem sie den Wahlkampf von Schröder gewonnen hatte. Merkel ist sich davon bewusst, dass nur mit einer starken deutschen Wirtschaft, eine gute Außenpolitik betrieben werden kann. Hauptsache ihrer Kanzlerschaft ist Deutschland wieder Pro-Europa zu machen, dafür sorgen, dass die EU eins ist. Die Europäer hatten über die letzten Schritte der EU ihre Zweifel. Deswegen muss Merkel das Vertrauen der EU-Bürger wieder gewinnen. „Gerade deshalb ist die Wiedergewinnung des Vertrauens in die Europapolitik eine der wichtigsten Aufgabe aller Politiker in Europa.“ (Merkel, 2006, S. 5). Sie muss nicht nur das Vertrauen der Bürger wieder gewinnen, sondern auch das der EU-Mitgliedstaaten. Im Bezug auf den Krieg in Irak hat Schröder sich hinter Frankreich geschart aber gleichzeitig eine Position gegen die Mehrheit der EU-Länder wie u.a. Spanien, Italien, Großbritannien und Polen eingenommen. Die EU muss eine Einheit sein, nur so kann sie funktionieren in der Welt und Wettbewerbsfähig werden wie auch in der Berliner Erklärung betont wurde. (EU2007.DE, „Erklärung anlässlich des 50. Geburtstages der Unterzeichnung der Römischen Verträge“, ¶ 7).

Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. (...). Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der



Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Der 50. Jahrestag des Vertrags von Rom wurde am 25. März 2007 in Berlin gefeiert, wo die Berliner Erklärung ausgesprochen wurde. Es ist sehr symbolisch, dass der Jahrestag in Berlin gefeiert wurde, im Land, das in die EU aufgenommen wurde, um seine Macht zu beschränken. Merkel und ihr Außenminister Frank Walter Steinmeier (SPD) sind schon im fünften Monat ihrer Ratspräsidentschaft. Die wichtigsten Ziele, die sie erreichen möchten, sind der europäische Verfassungsvertrag, Energie und Klimaschutz, die Lissabon-Strategie (siehe 5.3), die Wettbewerbsfähigkeit und die Stärkung der außenpolitischen Rolle der EU u.a. im Bereich ESVP. Merkel steht für einen schwierigen Job weil Frankreich und die Niederlande den Verfassungsvertrag abgelehnt haben. Ausserdem muss die EU reformiert werden. Seit dem 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien der EU beigetreten und kennt die EU 27 Länder. Damit es mit 27 Ländern richtig funktionieren kann, soll die EU handlungsfähiger werden. Auch ist die deutsch-französisch-britische Zusammenarbeit geschwächt in den letzten Monaten. In sowohl Frankreich als Großbritannien findet ein Führungswechsel statt. Trotzdem hat Merkel direkt nach ihrer Wahl Frankreich besucht. Dabei hat sie Chirac erklärt, die deutsch-französische Achse soll nicht exklusiv sein. Wichtiger ist Europa. Deutschland hat ein 18-Monate Programm mit Portugal und Slowenien hergestellt. Die beiden Länder übernehmen nachher den EU-Ratsvorsitz. Sie richten sich auf langfristige Ziele.

#### **4.1 Die Europäische Verfassung**

Merkel sieht den Verfassungsvertrag als Schwerpunkt ihrer Arbeit, wie sie hat gesagt in einer Debatte mit dem Europäischen Parlament. („Debatte mit Angela Merkel zur deutschen Ratspräsidentschaft“, 2007, ¶ 15). Merkel hat sich damit eine schwere Aufgabe gestellt. Die wichtigsten Ziele der Verfassung sind mehr Transparenz, verbesserte Entscheidungsverfahren, mehr Demokratie und die Sicherung der langfristigen Beschluss- und Handlungsfähigkeiten. (Weidenfeld, 2006, S. 12-14). Wenn der Vertrag in seiner heutigen Gestaltung ratifiziert wird, werden die heutigen



Gemeinschaften zusammengeführt in einem einheitlichen Vertragsdokument, wird die EU eine Rechtsperson und wird die Charta der Grundrechte im Vertrag aufgenommen. („Verfassung der Europäischen Union, 2005, S. 14).

Frankreich und die Niederlande haben die Verfassung abgelehnt. In Frankreich gibt es seit einer Woche einen neuen Präsident, Nicolas Sarkozy. Sarkozy hat schon vor seiner Wahl zum Präsidenten deutlich gemacht, dass er an der Lösung des Verfassungsvertrages mitarbeiten wird, aber nicht in der jetzigen Gestaltung. Auch in Großbritannien findet im Kurze eine Führungswechsel statt. Merkel muss eine Zwischenlösung finden. Einerseits muss der Vertrag so geändert werden, dass die bis jetzt ablehnenden Länder es billigen. An der anderen Seite muss es auch nicht zu viel geändert werden. Den schon zugestimmten Ländern kann sie nicht plötzlich einen reduzierten Vertrag vorlegen. Merkel und Steinmeier müssen prüfen, inwieweit der Vertrag angepasst werden kann.

Deutschland muss den Prozess beschleunigen, damit der Vertrag 2009 ratifiziert werden kann, denn das ist das Ziel Deutschlands. Wenn es die EU-Mitgliedstaaten nicht gelingen soll den Vertrag im Kurze zu ratifizieren, ist es für Deutschland wichtig einen so genannte ‚Roadmap‘ auszuarbeiten. Darin werden Richtlinien für weitere Verhandlungen gegeben. Wie es weiter läuft, wird die Zukunft ausweisen, aber die deutsche Regierung setzt sich völlig für das gewünschte Resultat ein. „Den Verfassungsvertrag zu einem erfolgreichen Ende zu führen ist seit Amtsantritt der großen Koalition ein zentrales Anliegen der Bundesregierung“ (Göler und Jopp, 2007, S. 19).

## **4.2 Klimaschutz und Energiepolitik**

Die Frage nach Energie wächst noch immer, aber Öl und Gas werden immer knapper. Es ist wichtig für die EU, eine richtige Energiepolitik zu formulieren. Einige EU-Länder sind abhängig von Ländern außerhalb der EU. Deswegen ist es wichtig, mit einer Stimme nach Außen zu treten, als eine Union. Sonst könnte es zu Problemen führen, wie in der Ukraine-Krise passierte. Die Europäische Kommission hat März 2006 ein Grünbuch gemacht, das unter deutschem Vorsitz konkretisiert werden soll. (Notz, 2007, S. 3).



Die Vollendung des Binnenmarkts für Strom und Gas, die Steigerung der Energieeffizienz, des Ausbau erneuerbarer Energien, eine engere Zusammenarbeit mit Liefer- Transit- und Verbraucherländern und eine entwicklungsförderliche Ausgestaltung der Energiepolitik stehen für die deutsche Präsidentschaft dabei im Mittelpunkt.

Bis zum Juli 2007 muss die Liberalisierung des Binnenmarktes erreicht sein. Der Markt für Strom und Gas muss eröffnet werden. Die Versorgungssicherheit der Energie kann begrenzt und dadurch gestärkt werden. Von größerer Bedeutung dabei ist die Erhöhung der erneuerbaren Energie. Bis 2001 hat die EU einen Anteil von 6 Prozent in erneuerbarer Energie. Das Ziel für 2010 ist auf 12 Prozent gesetzt worden. Energieeffizienz ist nicht nur während des deutschen EU-Ratsvorsitzes wichtig, sondern auch während des G8-Gipfels, dessen Vorsitzende Deutschland gleichzeitig ist. So kann Deutschland die Energiepolitik der EU auf den G8-Gipfel abstimmen.

Um eine effizientere Benutzung von Energie zu erreichen, stimuliert Deutschland die Forschung und Entwicklung der emissionsarmen Technologien. Merkel hat in ihrer Regierungserklärung vom 1. März 2007 betont, Europa weltweit zum Vorbild machen zu wollen. Sie will die EU zum Führer der Innovation und Forschung machen. (Notz, 2007, S. 4). Trotzdem muss Merkel die verschiedenen Ziele der Länder berücksichtigen. Es würde eine schwere Aufgabe werden, alle Länder unter einem Hut zu bekommen. Manche haben nationale Interessen oder mochte ihre Kompetenzen nicht der EU übertragen. Die EU hat auch noch nicht Kompetenzen für Energiepolitik. Die EU muss es jetzt auf die Zuständigkeit für Binnenmarkt, Wettbewerb und Umweltschutz zurückführen. Die Kompetenz für Energiepolitik ist im Verfassungsvertrag festgelegt worden, der von Frankreich und der Niederlande abgelehnt wurde.

Doch, wenn die Länder nur an ihren eigenen Interessen festhalten, bleiben Vorbehalte bestehen und wird es schwer für Merkel eine europäische Energiepolitik einzuführen. Ein anderes Problem ist die Abhängigkeit von unstabileren Ländern im Mittleren und Nahen Osten. Ein großer Teil des Öl- und Gasbedarfs wird aus diesen Ländern importiert. Am Ende des deutschen Vorsitzes soll der Binnenmarkt für Strom und Gas vollendet sein.



Das Klima ist ein aktuelles Thema heute, nicht nur in der EU, sondern weltweit. Damit die Wirtschaft gesichert werden kann, braucht die EU verlässliche, bezahlbare und nachhaltige Energie. Die EU hat sich selbst das Ziel gesetzt, 2020 die Treibhausgasemissionen 20 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Die EU ist im Kioto-Protokoll aufgenommen worden. Das Ziel ist die Reduktion des Treibgases mit 8 Prozent zu verringern hinsichtlich des Ausstoßes im Jahre 1999. Bis jetzt ist es die EU gelungen, die Emission mit 1,2 Prozent zu senken. Deswegen ist die Ausweitung der effizienteren Energie von großer Bedeutung, genau so wie erneuerbare Energie. Forschung und Innovation sind deswegen sehr wichtig und Merkel hat das mehrmals betont. In Bezug auf Windenergie hat die EU schon eine Führungsposition in der Welt. „Bei der Windenergie haben wir – darauf können wir stolz sein – einen Weltmarktanteil von 60 Prozent.“ („Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Frühjahrgipfel“, 2007, ¶ 33). In dieser Erklärung hat sich auch die Kombination von Umwelt, Technologie und Ökonomie betont.

Wenn wir Europa zeigen können, dass Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit, Ökonomie und Ökologie, keine Gegensätze sind, dann wird uns das die Technologieführerschaft, die Innovationsführerschaft auf diesem Gebiet einbringen. Damit zeigen wir gleichzeitig, dass wir unserer Verantwortung für die Welt gerecht werden. Diese Chance sollte Europa nutzen. Damit können wir bei den anderen werben.

### **4.3 Wirtschaft**

Die Wirtschaftspolitik ist eng mit der Sozialpolitik verbunden. Wie auch in der Lissabon-Strategie. Diese Strategie hat zum Ziel, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Kontinent zu machen. Damit wurden auch die Beschäftigungsprobleme angefasst. Dieses Ziel liegt allerdings noch weit weg, aber die EU hat schon 75 Prozent ihrer Ziele umgesetzt. Das Wachstum wurde mit 1,1 Prozent erhöht und die Arbeitslosenquote hat sich verringert. Es ist die Aufgabe Deutschlands eine Übersicht über die Probleme zu verschaffen und Lösungen dafür zu finden. Merkel hält die Wettbewerbsfähigkeit Europas für



wichtig. Nur mit einer starken Wirtschaft kann die EU mit der Welt konkurrieren. (Göler und Jopp, 2007, S. 6).

Es geht aber nicht nur um die Vertiefung des Binnenmarktes zur Förderung von Industrie und Handel sowie zur günstigeren Angebotsversorgung der Bürger. Es geht auch um die Stärkung Europas im Kontext der Globalisierung durch einen funktionierenden Binnenmarkt und eine leistungsfähige europäische Währung (...) sowie damit verbunden den Einsatz des ökonomischen Gewichts Europas bei der Gestaltung und Beeinflussung des Welthandels.

Ein der Probleme ist, dass die vier Freiheiten (von Gütern, Personen, Dienstleistungen und Kapital) noch nicht ganz vollständig verwirklicht worden sind. Der Rat möchte daher den Binnenmarkt ausweiten. Wie bei den Klimareformen sind Forschung, Bildung und Innovation auch sehr wichtig, damit die EU wettbewerbsfähiger wird. Wichtig in diesen Prozessen ist der Abbau der Bürokratie. Wenn die Wirtschaft gestärkt wird, kann die EU auch stark nach außen treten, ein Ziel von Merkel.

#### **4.4 Fazit**

Merkel versucht die Europapolitik, wie auch ihr CDU-Vorgänger Kohl gemacht hat, zu betreiben. Sie muss das Vertrauen der EU-Mitgliedstaaten wieder bekommen, was Schröder verspielt hatte, durch sich auf die deutsch-französische Achse zu konzentrieren statt auf die EU. "Kortom, de Bondsrepubliek heeft haar vertrouwde rol van een eerlijke makelaar, een bemiddelaar, of een schaapsherder weer opgepakt en tracht het verloren kapitaal weer terug te winnen." (A.J.J. Nijhuis, persönliche Notiz, 22. Mai 2007). Dabei hatten die Europäer in der letzten Zeit Zweifel über die Entscheidungen der EU. Sie hat sich schwere Aufgabe gestellt, wie die Wiederbelebung des Verfassungsvertrages. Durch den Führungswechsel in wichtigen Partnerstaaten wird die Ausführung ihrer Ziele erschwert. Auch in den Niederlanden stehen die Bürger dem Vertrag in seiner heutigen Gestaltung ablehnend gegenüber. Der andere Schwerpunkt des Ratsvorsitzes ist das Klima. Die EU ist für 15 Prozent des weltweiten Treibhausgassaustoßes verantwortlich. Der Ausstoß der EU muss, gemäß dem Kioto-Protokoll, 8 Prozent senken im Vergleich



zum Niveau von 1999. Aber das Klima ist nicht nur ein europäisches Problem, sondern ein weltweites Problem. Merkel hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Sie hat gerade mit ihrer Kanzlerschaft angefangen und hat noch einen langen Weg vor sich und hoffentlich werden die von ihr angestrebten Zielen Wirklichkeit.



## 5. Die Europapolitik von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel

Deutschland ist zu einem mächtigen Land ausgeblüht, mit einer starken Wirtschaft und einer wichtigen Rolle in Europa. Es hat bewiesen keine Drohung mehr für Europa zu sein und hat sich viel für die europäische Einigung eingesetzt. Die letzten drei Bundeskanzler sind sehr unterschiedlich. Kohl hat den Krieg erlebt, Schröder und Merkel sind aus der Nachkriegszeit. Kohl und Merkel sind Mitglieder der CDU und Schröder gehört zur SPD. Und Merkel ist die einzige von den Bundeskanzlern, die in Ost-Deutschland aufgewachsen ist. Die Bundeskanzler sind nicht nur persönlich unterschiedlich, sondern auch in ihrer Politik.

*„Was sind die Übereinstimmungen und Unterschiede in der deutschen Europapolitik von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel?“*

Während Kohls Amtsperiode ist in Bezug auf Europa viel erreicht worden. Sein Außenminister Genscher hat einen Text, der zu Grundlage der EEA diente, ausgearbeitet. 1992 ist der Binnenmarkt vollendet worden und wurde die EG zur EU umgestaltet. Auch ist 1992 die WWU im Vertrag von Maastricht aufgenommen worden. Schröder hatte die schwere Aufgabe, die Agenda 2000 festzustellen und in den Verträgen von Amsterdam und Nizza sind die Befugnisse der EU ausgebreitet worden. Merkel steht jetzt für große Herausforderungen wie die europäische Verfassung, die Lissabon-Strategie und den Klimaschutz.

Nachdem ich die drei Bundeskanzler und ihre Politik verglichen habe, kann ich sagen, dass es bestimmte Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen den drei Bundeskanzlern gibt.

Wie gesagt, hat Kohl den Krieg noch erlebt. Er hatte die gleiche Überzeugung wie Adenauer und sah die europäische Einigung und die Festigung Deutschlands in Europa als eine historische Aufgabe. Kohl hatte die internationale Akzeptanz der BRD als Ziel. Die europäischen Interessen hatten Priorität über die nationalen



Interessen. Trotzdem war es wichtig, dass die deutsche Innenpolitik auch gut funktionierte. Ohne eine starke Wirtschaft war ein Binnenmarkt nicht möglich, und das war genau was Kohl befürwortete.

Schröder dahingegen, stand der EU skeptischer gegenüber. Er war der Meinung, Deutschland war wieder ein normales Land wie die anderen Länder innerhalb von Europa. Die nationalen Interessen hatten daher seine Priorität. Deutschland brauchte nicht mehr die Rolle als ‚ehrliche Makler‘ auf sich zu nehmen. Unter Kohl hat Deutschland wohl diese Rolle auf sich genommen und Merkel versucht Deutschland wieder zum ‚ehrlichen Makler‘ zu machen.

Ein anderer Unterschied zwischen Kohl und Merkel an der einen Seite und Schröder an der anderen Seite war die Beziehung zu den kleineren Ländern der EU. Nachdem die Irritationen zwischen Frankreich und Deutschland gelöst waren, hat Schröder sich vor allem auf Frankreich gerichtet. Das führte zu Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern, ohne dass die übrigen Mitgliedstaaten darüber informiert wurden. Die kleineren EU-Länder hatten nicht Schröders Interesse. Kohl und Merkel waren der Meinung, ohne diese Länder konnte ein gemeinsames Europa nicht gelingen. Wie Schröder hatte Kohl auch enge Beziehungen zu den französischen Präsidenten. Während Kohls Amtsperiode konnte man sich fragen, ob es nicht zum Teil eine symbolische Beziehung war. Merkel hat gleich nachdem sie zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, beim französischen Präsidenten Chirac betont, dass die deutsch-französische Beziehung nicht exklusiv sein durfte. Doch, jeder Bundeskanzler war sich davon bewusst, die deutsch-französische Achse sei sehr wichtig im Einigungsprozess. Diese deutsch-französische Beziehung ist der Motor der EU.

Dass Schröder weniger Wert legte auf Europa als Kohl und Merkel, wird auch gezeigt durch die Entscheidungen, die er getroffen hat. Im Bezug auf den Krieg in Irak, stellte er sich an der Seite Frankreichs, aber damit auch gegen viele andere europäische Länder wie u.a. Spanien, Großbritannien und Polen. Das hat zur Spaltung innerhalb der EU geführt. Merkel versucht jetzt den durch Schröder verursachten Bruch in der deutschen Europapolitik wiederherzustellen. Ihre Europapolitik kann verglichen werden mit der von Kohl. Sie ist auch der Meinung, dass sich die europäischen Länder weiter in die EU integrieren müssen. Das wird auch durch ihren Einsatz für



den Verfassungsvertrag deutlich. In diesem Vertrag steht wie die EU reformiert werden muss, damit es handlungsfähiger wird.

Merkel, Kohl und Schröder befürworteten alle den supranationalen Charakter der EU. Jetzt ist es schwierig die Interessen der 27 Mitgliedstaaten unter einen Hut zu bringen. Wenn die EU handlungsfähiger wird, kann sie als eine Einheit nach außen hinaustreten. In einer globalisierenden Welt ist das sehr wichtig.

Trotzdem kann man sagen, dass Deutschland sich in den letzten 25 Jahren immer für ein handlungsfähiges Europa eingesetzt hat. Kohl, Merkel und Schröder haben alle die Überzeugung, dass die EU eine supranationale Union werden muss, dass die Mitgliedstaaten Teile ihrer Souveränität der EU abgeben müssen. Nur dann ist die EU in einer Lage, wettbewerbsfähiger in der Welt zu werden, eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik zu führen, Frieden und Stabilität zu bewahren und wichtige Themen wie der Klimaschutz anzugehen.

Merkel ist ‚kaum‘ Bundeskanzlerin und schon ist sie zu einer Leiterin innerhalb von Europa gewachsen. Damit tritt sie in den Fußspuren ihres Lehrers, Kohl. Mit ihrer Qualitäten kann sie Europa hoch auf der deutschen Agenda setzten.

Kohl, Schröder und Merkel haben alle ihre eigene Europapolitik geführt. Während Schröders Amtsperiode hat es zum Bruch geführt aber Deutschland hat immer eine Vorreiterrolle innerhalb von Europa gehabt.



# Literaturliste

## Bücher

- Auswärtiges Amt. (2005). *Tatsachen über Deutschland*. Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, in Zusammenarbeit mit dem Auswärtiges Amt, Berlin.
- Bache, I. & George, S. (2006). *Politics in the European Union*. (2. Auflage). New York: Oxford University Press Inc.
- Fröhlich, S. (2001). *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Keßler, U. (2002). Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl: europäische Integration als „kategorischer Imperativ“? In Müller-Brandeck- Bocquet, G. (et al.) *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder* (S. 9-62), Opladen: Leske + Budrich.
- Kohler-Koch, B. (1998). Bundeskanzler Kohl – Baumeister Europas. Randbemerkungen zu einem zentralen Thema. In Wewer, G. (Hrsg.). *Bilanz der Ära Kohl* (S. 283-311). Opladen: Leske + Budrich.
- Läufer, T. (Hrsg.). (2005). *Verfassung der Europäischen Union*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Leuchtweis, N. (2002). Deutsche Europapolitik zwischen Aufbruchstimmungen und Weltwirtschaftskrise: Willy Brandt und Helmut Schmidt. In Müller-Brandeck- Bocquet, G. (et al.) *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder* (S. 9-62), Opladen: Leske + Budrich.
- Müller-Brandeck-Bocquet, G. (2002). Deutsche Leadership in der Europäischen Union? Die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002. In Müller-Brandeck-Bocquet, G. (et al.) *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder* (S. 9-62), Opladen: Leske + Budrich.
- Schröder, G. (2006). *Entscheidungen mein Leben in der Politik*. Hamburg: Hoffman und Campe Verlag.
- Schukraft, C. (2002), Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren: Weichenstellungen unter Konrad Adenauer und Bewahrung des Status Quo unter seinen Nachfolgern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. In Müller-Brandeck-Bocquet, G. (et al.) *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder* (S. 9-62), Opladen: Leske + Budrich.
- Weidenfeld, W. (2006). *Die Europäische Verfassung verstehen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Weidenfeld, W. (1999). *Zeitenwechsel. Von Kohl zu Schröder*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.



## Artikel

Giering, C. (Winter 1998/99). Europa im Wandel. Perspektiven deutscher Europapolitik. *Welttrends*, Nr. 21, S. 18-26.

Jopp, M. & Schmalz, U. (2000). Deutsche Europapolitik 2000. Positionen, Prioritäten, Perspektiven. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 6/2000, S. 12-19.

## Internet

*Aus dem Regierungsprogramm vom 25. November 1982*. Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Konrad Adenauer Stiftung Website: <http://www.helmut-kohl.de/index2.html>

*Aus dem Regierungsprogramm vom 18. März 1987*. Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Konrad Adenauer Stiftung Website: <http://www.helmut-kohl.de/index2.html>

*Debatte mit Angela Merkel zur deutschen Ratspräsidentschaft*. (18.01.2007). Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Europäischen Parlament Website: [http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/008-2174-015-01-03-901-20070117IPR02173-15-01-2007-2007-true/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-2174-015-01-03-901-20070117IPR02173-15-01-2007-2007-true/default_de.htm)

Göler, D. & Jopp, M. (Februar 2007). *Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Institut für Europäischen Politik Website: [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/integration\\_2007/goeler\\_jopp.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2007/goeler_jopp.pdf)

Guérot, U. (Dezember 2006). *Germany and Europa: New Deal or Déjà Vu?* Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Notre Europe Website: [http://www.notre-europe.eu/uploads/tx\\_publication/Etud55-en-presidenceallemande.pdf](http://www.notre-europe.eu/uploads/tx_publication/Etud55-en-presidenceallemande.pdf)

*Helmut Kohl: Zehn Punkte für Deutschlands Einheit*. Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Konrad Adenauer Stiftung Website: <http://www.helmut-kohl.de/c236521a7c.html>

Notz, K. (März 2007). *EU-Energiepolitik als Herausforderung für die deutsche Ratspräsidentschaft*. Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Centrum für angewandte Politikforschung Website: <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Aktuell-2007-03.pdf>

*Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Frühjahrgipfel*. (01.03.2007). Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Bundesregierung Website: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2007/2007-03-01-regierungserklaerung-merkel-eu-fruehjahrgipfel.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2007/2007-03-01-regierungserklaerung-merkel-eu-fruehjahrgipfel.html)

Seeger, S. (März 2007). *Europa-Euphorie und Europa Ernüchterung*. Letzter Zugriff 20.04.2007 von der Centrum für angewandte Politikforschung Website: <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Aktuell-2007-04.pdf>

## Anlagen

Die Meinung von Prof. Dr. T. Nijhuis zu der Europapolitik von Kohl, Schröder und  
Merkel..... I

Informationen von Prof. Dr. R.H. Lieshout zur deutschen Europapolitik..... VI

## **Die Meinung von Prof. Dr. T. Nijhuis zu der Europapolitik von Kohl, Schröder und Merkel**

De Bondsrepubliek heeft zich altijd het sterkst ingezet voor de Europese integratie. Het land had ook vanaf het begin groot belang in Europese samenwerking. Het was na de Tweede Wereldoorlog niet alleen verwoest, maar natuurlijk ook gehaat en gewantrouwd door zijn burens. Het streven van de Bondsrepubliek was daarom zo snel mogelijk weer een acceptabele partner voor andere landen te worden. Hiervoor was Europese integratie een belangrijk instrument. Daarom was Duitsland meer dan andere landen bereid om diep in de buidel te tasten om het Europese integratieproject te financieren.

Bondskanselier Helmut Kohl voerde een Europese politiek in de lijn van Adenauer. De belangrijkste uitgangspunten waren. 1) De Frans-Duitse vriendschap is een voorwaarde voor vrede en stabiliteit in Europa, zoals de Frans-Duitse erfvijandschap tot zo veel geweld en instabiliteit had geleid. De Frans-Duitse as mocht echter niet iets exclusiefs hebben. Zonder de kleinere landen gaat het niet en Kohl zag het als zijn taak om de kleinere landen actief te benaderen 2) Voor de veiligheid van Duitsland zijn de VS en de NAVO onmisbaar en 3) voor de internationale acceptatie van de Bondsrepubliek en voor het wegnemen van wantrouwen is een strikt multilaterale Duitse politiek wenselijk. Geen Duitse *Alleingänge* meer. Dit leidt tot een politiek waarbij zo min mogelijk gesproken wordt in termen van nationale belangen. Het liefst spreekt men van Europese belangen of van samenwerking. Voor Kohl was Europa een historische opdracht, waarbij Duitsland een bijzondere verplichting heeft.

Kohl beseftte dat de Duitse eenwording niet alleen reden tot blijdschap was, maar ook in verschillende Europese hoofdsteden leidde tot enige zorgen over de toekomstige positie van dit grotere Duitsland in Europa. Kohl wilde daarom Duitsland nog hechter in Europa verankeren, onder meer door een monetaire en een politieke unie (Maastricht). Dit leidde tot een nog geëngageerdere Europese politiek van Duitse zijde en deed Kohl uitgroeien tot een Europees staatsman. Zijn uitstekende verhouding tot de socialistische Franse president Mitterrand zorgde ervoor dat de Frans-Duitse as beter functioneerde dan ooit. Maar Kohl beseftte ook dat hij de kleinere landen mee moest krijgen en investeerde daarom tevens veel in goede

banden met de andere buurlanden. Bovendien hield Kohl zich aan de eerste maxime in de Duitse buitenlandse politiek, namelijk: zorg ervoor dat je nooit hoeft te kiezen tussen Parijs en Washington. Beide zijn onmisbaar en Kohl, die veel dank aan de Amerikanen verschuldigd was vanwege de steun voor de Duitse eenwording, investeerde zeer veel in het onderhoud van de transatlantische betrekkingen.

Bondskanselier Schröder had bij zijn aantreden in 1998 eigenlijk weinig interesse in Europa. Hij voelde ook niet de historische verplichting waarover Kohl graag sprak. Schröder ging er zelfs prat op dat hij deel uitmaakte van een generatie die zich in de Europese politiek niet meer liet leiden door de Tweede Wereldoorlog. Hij vond dat Duitsland “genormaliseerd” was en dat Berlijn daarom net als de andere landen gewoon in de Europese politiek van nationale belangen mag uitgaan. Een nieuwe vorm van “realistische politiek” dus. Dat betekent ook dat Duitsland niet langer de betaalmeester van Europa diende te zijn, een last die met de geringe economische groei en de snel toenemende staatsschulden bovendien veel zwaarder te dragen werd.

Eigenlijk nam Schröder afstand van alle drie uitgangspunten die de Duitse Europese politiek tot dan toe gekenmerkt hadden. Van een Frans-Duitse as was tussen 1998 en 2002 nauwelijks sprake. Dit had ook met de machtswisseling in Parijs van doen, nu Chirac Mitterrand in 2007 als president was opgevolgd. Schröder streefde aanvankelijk naar een nieuwe politiek samen met de Engelse premier Tony Blair. Dit verzandde echter ook al snel. De relatie met de VS was aanvankelijk uitstekend maar werd in de loop van de tijd steeds meer gekenmerkt door irritaties (Kyoto, internationaal strafhof, SDI, etc.) De Irak-oorlog leidde zelfs tot een echte breuk en tegelijkertijd tot een heropleving van de Frans-Duitse as. Anders dan onder Kohl kreeg de Frans-Duitse samenwerking een exclusief karakter en werd daarom door de kleinere landen gewantrouwd. De intensiteit van de samenwerking weerspiegelde zich eigenlijk niet in de effectiviteit van de as wanneer het om Europese integratie gaat. Juist in de periode na 2002 was Europa meer verdeeld dan daarvoor. De bilaterale contacten met de kleinere landen kwamen op een laag pitje te staan. Deels had dit ook te maken met de drang van Berlijn op de grote internationale Bühne een rol van betekenis te spelen. Daardoor werd er veel diplomatieke energie gestoken in het conflict met de VS, de betrekkingen met Rusland, het streven naar een

permanente zetel in de Veiligheidsraad, het opeisen van een rol in het Midden-Oosten. Al deze initiatieven gingen uiteindelijk ten koste van de Duitse voortrekkersrol in Europa.

Wanneer we de balans moeten opmaken van Schröders buitenlandse en Europese politiek, kan niet anders dan geconcludeerd worden dat zijn pogingen om een grotere rol voor Duitsland in de internationale politiek op te eisen, is blijven steken in retoriek. Berlijn heeft welbeschouwd na 2002 aanzienlijk aan invloed ingeboet. Allereerst natuurlijk in Washington als gevolg van het conflict met Bush, maar ook in Europa waarin de Frans-Duitse motor niet meer functioneerde, omdat deze door de overige lidstaten gewantrouwd werd. Ook heeft de politiek nauwelijks tot resultaten geleid. Duitsland heeft geen zetel in de Veiligheidsraad gekregen, alle inspanningen in het Midden-Oosten hebben tot niets geleid, en de speciale relatie met Putin leidde tot wantrouwen in de landen van Midden- en Oost-Europa en belemmerde daarmee de Europese politiek

De nieuwe bondskanselier Angela Merkel lijkt weer in het voetspoor van Kohl te treden. Zij wil de aandacht weer sterker richten op de Europese politiek en heeft niet de wereldpolitieke ambities van Schröder. Zij spreekt graag over zelfbewuste bescheidenheid wanneer het gaat om de Duitse Europese en buitenlandse politiek. Al direct na haar aantreden maakte de duidelijk dat ze op zoek was naar nieuwe balansen. Als eerste ging ze naar Parijs om daarmee het belang van de Frans-Duitse vriendschap te bevestigen, maar tegelijkertijd maakte ze Chirac duidelijk dat er geen sprake meer kon zijn van een exclusief Frans-Duitse as. Bovendien ging ze in dezelfde reis door naar Brussel om daar de NAVO te bezoeken, waarmee ze het belang voor de transatlantische samenwerking wilde onderstrepen. Ook maakte ze duidelijk dat ze weer meer oog voor de kleinere landen wilde hebben. Leiderschap is in haar ogen niet een bepaalde politiek kunnen afdwingen, maar de andere landen meekrijgen in een gemeenschappelijke politiek. Een goede leider neemt juist de belangen van de kleinere landen serieus en wint daardoor aan vertrouwen. Ook weet ze meer vertrouwen te winnen in de landen van Midden- en Oost-Europa doordat ze een meer nuchtere politiek ten aanzien van Moskou voert dan haar voorganger. Kortom, de Bondsrepubliek heeft haar vertrouwde rol van een eerlijke makelaar, een bemiddelaar, of schaapsherder weer opgepakt en tracht het verloren politiek kapitaal

weer terug te winnen. Dat voert retorisch misschien tot een minder zelfbewust ogende politiek, maar wint daarmee wel aan effectiviteit. Merkel is er daardoor in korte tijd uitgegroeid tot de onbetwiste leider in Europa. Haar politiek van zelfbewuste bescheidenheid zouden we met een knipoog naar de SNS-Bank ook kunnen typeren als: groot geworden door klein te blijven.

De marges van haar politieke vrijheid zijn echter niet groot en daardoor zal de Duitse buitenlandse en Europese politiek niet meer hetzelfde kunnen worden als onder Kohl.

Allereerst is de relatie van de VS en Europa fundamenteel veranderd. Het feit dat de betrekkingen tussen Washington en Berlijn nu weer vriendelijker van toon zijn, betekent niet dat de oude orde hersteld is. Gegeven het wantrouwen van de Duitse bevolking ten aanzien van de Amerikaanse politiek, is Merkels speelruimte in haar transatlantische politiek beperkt.

Ook ten aanzien van Rusland zal Merkel een evenwicht moeten vinden. Niet de Männerfreundschaft van Schröder, maar het negeren van Moskou kan ook niet meer. Daarvoor is de internationale macht van Rusland de laatste jaren te veel toegenomen.

En ook de Europese politiek is als gevolg van de achtereenvolgende uitbreidingsrondes een ander balspel geworden, waarbij de ontevredenheid van de bevolking over de steeds verdere uitbreiding, de politieke manoeuvreerruimte van Merkel is verkleind. Kohl kon zich in zijn Europese politiek nog vrijwel alles permitteren, dat is voor Merkel niet het geval.

Kortom Kohl stond Europese politiek voor waarbij Duitsland de morele verplichting had de Europese kar te trekken en zo nodig te financieren. Het principe van Europese integratie zelf was daarbij belangrijker dan de vraag welke doelstellingen men in de afzonderlijke dossiers trachtte te realiseren. Schröder sloeg naar de andere kant door. Hij stelde het nationaal belang centraal en trachtte de buitenlandse en Europese politiek voor binnenlandspolitieke doeleinden te instrumentaliseren. Europa was voor hem minder een waarde *an sich* als wel een instrument om Duitse belangen te behartigen. Bovendien kwam de buitenlandse politiek toenemend in het teken van economische doelstellingen te staan (geld, arbeidsplaatsen, e.d.).

Merkel zal een nieuw evenwicht moeten vinden. Een welhaast onvoorwaardelijke Europese politiek is niet langer mogelijk, en de “realistische” politiek van Schröder is niet wenselijk en niet productief. Het liefst zou ze een politiek à la Kohl voeren, maar ze moet als realist accepteren dat de randvoorwaarden veranderd zijn als ook de (financiële) instrumenten van Duitsland om vorm te geven aan het proces van Europese integratie.

Prof. dr. Ton Nijhuis

Wetenschappelijk directeur

Duitsland Instituut Amsterdam

22 mei 2007

## Informationen von Prof. Dr. R.H. Lieshout zur deutschen Europapolitik

De *West-Duitse* Europese Politiek (voortbouwend op nauwe betrekkingen tussen de VS en de BRD – de BRD is tot de ineenstorting van de SU militair geheel afhankelijk van de VS):

- a) Verzoening met Frankrijk (heeft absolute prioriteit bij Adenauer en later ook bij Kohl)
- b) “Westbindung” (onmogelijk maken van “Schaukelpolitik”/ “Stetigkeit”, betrouwbaarheid, in de keuken te kunnen kijken, “Rapallo”)
- c) “Gleichberechtigung”

Deze doelen werden dus tot en met 1956 nagestreefd in harmonie met de Verenigde Staten.

- d) “Europa soll vorankommen”/ na 1956: twijfel aan de *geloofwaardigheid* van de Verenigde Staten (wel bereid de BRD te verdedigen in het geval van SU-agressie?).

– Kampen binnen de Duitse politieke elite met betrekking tot Europa na 1961 (Adenauers gezag is dan definitief ondergraven):

1) De ‘Europeanen’/supranationalisten; dezen bevinden zich hoofdzakelijk in het Auswärtiges Amt. Het toekomstbeeld is een federaal Europa. Denk ook aan Adenauers sarcastische opmerkingen aan het adres van de ambtenaren van het AA, als Pruisische jonkers die natuurlijk zo geporteerd waren voor een bovenstatelijk Europa, omdat ze hun land toch al kwijt waren.

2) De ‘Gaullisten’ leggen primaat bij de verzoening met Frankrijk en zijn bereid Frankrijk in Europa het initiatief te laten. Voor zowel Europeanen als Gaullisten geldt dat na WOII ‘normale’ verhoudingen voor de BRD niet meer mogelijk zijn (Strauß is wat dit laatste betreft een uitzondering).

**N.B.:** expliciet terugverwijzen naar paragrafen over Adenauers toenadering tot de Gaulle en mijn verklaring voor Adenauers houding ten opzichte van de Gaulle.

3) De 'Realisten': Duitsland moet terug naar 'normale verhoudingen'. Men moet het verleden laten rusten. De verzoening met Frankrijk is voltooid en waarom zou Duitsland nog langer als betaalmeeester van Europa optreden en waarom zou Duitsland zich ondergeschikt maken aan bovenstatelijke instellingen? De eerste generatie 'realisten', met CDU-minister van Buitenlandse Zaken Gerhard Schröder als exponent, is sterk Atlantisch gericht (gezien de West-Duitse militaire afhankelijkheid heel begrijpelijk). Dit geldt duidelijk niet voor de huidige generatie, met bondskanselier Gerhard Schröder als boegbeeld, die er zelfs niet voor terugdeinst Rusland in het spel te betrekken (de tijden van de *Schaukelpolitik* herleven?).

Kohl staat tijdens de eerste jaren van zijn ambtsperiode vrij positief tegenover het bovenstatelijke Europa, maar hij meent er verstandig aan te doen de West-Duitse financiële elite niet voor het hoofd te stoten als het om de door Frankrijk zo vurig gewenste monetaire integratie gaat. In het licht van de ontwikkelingen in de zomer en herfst van 1989 durft Kohl deze confrontatie wel aan. De EMU als instrument om de Duitse eenwording tot stand te brengen. Net als Adenauer legt Kohl uiteindelijk de prioriteit bij de Frans-Duitse verzoening (zie ook zijn rol in de Duisenberg-rel) en hij is bereid daar een hoge prijs voor te betalen. Volgens de 'realisten' dus een veel te hoge prijs. *Financial Times*: 'the man who has made a career of subjugating German national interests in the name of Europe' (5 mei 1998), vg. De uitspraak in *Der Spiegel* in maart 1957 over Adenauer: 'de sterkste man in Bonn en de zwakste man in Parijs'.